März 1910.
Berlin.



No. 163
22. Jahrgang (44. Semester).

Monatsberichte

der

Freien Wissenschaftlichen Vereinigung

an der Universität Berlin

und der

Freien Wissenschaftlichen Vereinigung

an der Technischen Hochschule zu Berlin.

Kneipe: SW. 48, Wilhelmstrasse 118 (Vereinshaus).

Der Inhalt der Monatsberichte ist streng vertraulich!

Monatsbericht.

Dieser Monat war der letzte des langen W.S. Es war aber trotzdem keine Müdigkeit in der Vgg. zu bemerken.

Am 21. Jan. sollte Herr Lovis Korinth bei uns sprechen. Er sagte kurz vorher ab, so dass für Ersatz nicht mehr gesorgt werden konnte.

Am 3. Febr. sprach unser A.H. Donig über „Berliner Bauschwindel". An das Referat schloss sich eine erregte Diskussion, die teilweise den Stoff für den Vortrag am .

7. Febr. fortnahm. Es sollte Herr Dr. Damaschke über „Bodenreform und Kommunismus" sprechen. Da er selbst erkrankt war, sandte er uns Herrn Postsekretär Lubahn, der die Gelegenheit wahrnahm, eine grosse Keilrede für die Bodenreformer zu halten (s. Referat).

Herr Dr. Schwabach sprach am 10. Febr. über „Neue Einwände gegen den Darwinismus" (siehe Referat).

Am 14. Febr. sprach Bbr. Rehfisch über das „Problem Wagner-Nietzsche". Wie man mir versichert — ich selbst war nicht dabei —, waren die Ausführungen sehr interessant und fanden allseitigen Beifall.

Herr Geheimrat Prof. Dr. Proskauer sprach am 17. Febr. über „Verhütung und Bekämpfung der Infektionskrankheiten". Der alte Freund unserer Vereinigung wusste mit seinen Ausführungen auch das Interesse der Nichtmediziner in vollem Masse zu fesseln (s. Referat).

Den Reigen der Vorträge schloss A.H. Jaffé am 21. Febr. Er sprach über „Gewerbliches Fachzeitungswesen Deutschlands", ein Gebiet, das er den meisten Bbr. als neues Land erschloss (s. Referat).

Die O.G.V. hat bereits getagt. Der ganze Vorstand ist entlastet, der neue gewählt. Wie die Generaldebatte gezeigt hat, harren wichtige Aufgaben ihrer Lösung. Scharfe Kritik ist an manchen Dingen geübt worden, wenn man die Tätigkeit des Vorstandes auch in vollem Masse anerkannte. Der neue Vorstand bürgt in seiner Zusammensetzung für ein gutes S.Semester.

F.W.V.er Ehrenpflicht!

Ich möchte das Wintersemester nicht verstreichen lassen, ohne noch einmal die lieben Berliner Bbr.Bbr. darauf aufmerksam zu machen, dass es unbedingt nötig ist, dass sie soviel wie irgend möglich im nächsten Semester nach der Ruperto-Carola übersiedeln. Ich weiss, dass es bei uns nicht möglich ist, wie etwa beim K.C. Füxe zu der bedrohten Kartellverbindung zu kommandieren; aber ich bitte Euch, liebe Bbr.Bbr., tue doch jeder, was er kann, um vom nächsten Sommer an ein oder, wenn's geht, mehrere Semester hier zu verbringen. Es ist uns zwar gelungen, noch jetzt zu Ende des Semesters einen neuen Bbr. zu keilen, so dass wir wenigstens einen Erstchargierten für das kommende Semester stellen können; aber wir sind, wenn uns nicht von Berlin aus eine Hilfe von mindestens 5 Bbr.Bbr. kommt, nicht in der Lage, auch nur einen einzigen Aktiven zu stellen; denn Ihr könnt es von uns nicht verlangen, dass wir Aktiven, die wir sämtlich höhere Semester sind und unsere Aktivitas alle durchweg sehr ernst genommen haben, in dem Semester, wo wir unser Examen machen wollen, voll aktiv bleiben. In Eurer Hand, liebe Bbr.Bbr., liegt es, zu verhindern, dass wir

rettungslos zugrunde gehen, denn ich sehe im Falle einer nicht ausreichenden oder gar überhaupt fehlenden Unterstützung keinen anderen Weg, als die Stätte, wo seit nunmehr 35 Semestern eine F.W.V. bestand, sang- und klanglos zu verlassen. Und wisst Ihr, was das wäre? Das wäre ein Schimpf und eine Schande für unsere ganze Idee, für unsere ganze F.W.V. Ich weiss, wie unsere Gegner jubeln werden, wenn sie sehen, dass eine gross dastehende Verbindung wie die Berliner F.W.V. nicht imstande ist, einen lange von der F.W.V. behaupteten Boden zu verteidigen.

Liebe Bbr.Bbr. — wenn ich das, was ich bisher geschrieben habe, durchlese, wahrhaftig, beinahe möchte ich selbst glauben, dass es ein Opfer sei, in Heidelberg zu studieren. Ich aber versichere Euch, die Stadt und das ganze Leben dort sind herrlich; kein Bbr. wird sagen können, dass das oder die Semester verloren gewesen seien, die er in Heidelberg verbracht hat. Auch die Gelegenheit zum Studium ist geradezu hervorragend. Ich wenigstens bin auch an den heissesten Sommertagen morgens hier immer noch lieber ins Kolleg gegangen als in Berlin, wo ich durch die staubigen Strassen über den dampfenden Asphalt nach der Lehrstätte schreiten musste. Die Fakultäten, besonders die medizinische und juristische, aber auch die philosophische, sind erstklassig, und gerade wir F.W.V.er stehen in regem Verkehr mit den besten Familien am Platze. Liebe Bbr.Bbr., lockt Euch das nicht mal? Zu meiner Zeit hätten manche F.W.V.er — aber was sage ich: manche? nein, alle — kein Mittel gescheut, um das von mir so wundervoll ausgemalte, in der Wirklichkeit aber noch weit schönere Eldorado zu erreichen. Sollten in der Zwischenzeit die F.W.V.er so stupide geworden sein, dass sie zu Hause hinter dem Ofen hocken bleiben, wenn es ihnen möglich wäre, hinaus ins lachende Leben zu steuern? Oder gibt es einen F.W.V.er, der es über sich bringen könnte, nach einer anderen Universität zu gehen, obwohl die Heidelberger F.W.V. sich in Not befindet?

Noch eins, liebe Bbr.Bbr. Wer hierher kommen will, der schreibe das rechtzeitig an meine Adresse; ich bleibe die Ferien über in Heidelberg; beim Wohnungsuchen etc. stehe ich ihm gern zur Verfügung, obwohl ich nicht gerade allzuviel Zeit habe. Im übrigen müssen die Bbr.Bbr., falls sie hierher kommen, unbedingt spätestens bis zum 19. April anwesend sein, weil als Keilzeit hauptsächlich die Zeit verwandt wird, wo noch keine Vorlesungen stattfinden.

Carl Rosenthal F.W.V. (XXXX, XX) XX i. V.

Rechenschaftsbericht der Vorstände der F.W.V. Berlin und Charlottenburg für das W.S. 1909/10.

Das W.S. 1909/10 hatte die nicht geringe Anzahl von 3 Präsiden. Es muss von vornherein hier festgestellt werden, dass durch diese Tatsache die Tätigkeit des Vorstandes keine ganz einheitliche sein konnte. Der Vorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung besteht seit Anfang Dezember. In der verhältnismässig kurzen Zeit, die ihm zur Verfügung stand, konnte er nicht mehr alle Aufgaben, die er sich zu erledigen vorgenommen hatte, ausführen. Wir weisen nur auf die Vorarbeiten zur „Schaffung eines allgemeinen Studentenausschusses“ und des „eigenen Heims“ hin. Es wird die Aufgabe des neuen Vorstandes sein, hier kräftig zu arbeiten, wie er auch weiterhin sein Augenmerk richten sollte auf jene anderen Fragen im inneren Vereinsleben, die in letzter Zeit viel besprochen wurden, die Satisfaktionsfrage und die Ausarbeitung der Geschichte der Vgg.

Dass der Wechsel im Vorstand auf das Leben in der Vgg. nicht zu günstig einwirkte, ist leicht zu verstehen. Es war der Wunsch der Vgg. bei der Wahl des Vorstandes, dass „positive Arbeit“ geleistet werden sollte. Diesem Wunsche nachzukommen, hat der Vorstand sich bemüht. Es muss aber hier festgestellt werden, dass er in diesem seinem Bestreben von dem grössten Teile der Bbr.Bbr. nicht in genügendem Masse unterstützt wurde. Seine häufigen und wiederholten Mahnungen bei Verstössen gegen die Disziplin und gegen die Verpflichtungen gegenüber der Vgg. fielen nicht auf fruchtbaren Boden. Wir müssen dem neuen Vorstande die Lehre mit auf den Weg geben, von vornherein mit den strengsten Disziplinarstrafen vorzugehen.

Auf demselben Blatte steht die Tatsache, dass der Verlauf der geschäftlichen Sitzungen nicht immer unter der nötigen Ruhe erfolgte. Wie gefährlich das für die Vgg. sein kann, ist aus dem einen Konflikt des Präsiden mit verschiedenen Bbr.Bbr. ersichtlich, der ihn dazu zwang, sein Amt niederzulegen. Es ist zu verlangen, dass die Bbr.Bbr. sich mehr Selbstzucht auferlegen, als es bisher der Fall war.

Der gesellige Verkehr unter den Bbr.Bbr. war zum Teil sehr lebhaft. Nur hätten wir gewünscht, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl etwas kräftiger Wurzel fasse. Vor allem liessen die Kneipen häufig recht viel zu wünschen übrig.

Ihren gesellschaftlichen Verpflichtungen genügte die Vgg. in vollem Masse durch einen Gesellschaftsabend im Dezember und einen Ball im Januar.

Zu Beginn des Semesters wurde ein ausführliches Programm herausgegeben. Während des Semesters mussten Einzelheiten umgeändert werden. Im grossen und ganzen aber konnten die angekündigten Vorträge und Kurse stattfinden. Der Vorstand ist jedoch der Ansicht, dass damit die wissenschaftliche Aufgabe unserer Korporation nicht erfüllt worden ist. Besonders erkennt er nicht die Berechtigung der von seinen Vorgängern geübten Praxis an, die Donnerstagabende von Diskussionsabenden zu Vortragsabenden zu machen. In dem Ausbau, der Regulierung und Vereinheitlichung

unserer wissenschaftlichen Betätigung sind noch dankenswerte Aufgaben zu erfüllen.

Es sprachen:

Prof. Dr. Ludwig Bernhard: „Moderner Parlamentarismus."

Dr. Rehfisch: „Moderne Herzdiagnostik."

Legationssekretär von Flöckher: „Auswärtige Fragen der deutschen Reichspolitik."

Frl. Dr. Duensing: „Pflegerische und sozialpolitische Jugendfürsorge."

Prof. Dr. Pochhammer: Dantes „Divina Comedia" und Goethes „Faust."

Dr. Max Osborn: „Max Klinger."

Redakteur Bruno Buchwald: „Gesetzlicher Schutz der Depositengelder."

Prof. Franz: „Die Entwicklung des deutschen Städtewesens im Mittelalter."

Prof. Sternfeld: „Aus meinen Erinnerungen an Bayreuth und seinen Meister."

Prof. Dr. von Liszt: „Der Entwurf des Strafgesetzbuches."

Hauptmann von Krogh: „Die neuesten Fortschritte auf dem Gebiete der Motorluftschiffahrt."

Prof. Dr. Lasson: „Form und Inhalt im Kunstwerk."

Postsekretär Lubahn: „Bodenreform."

Dr. Schwabach: „Neue Einwürfe gegen den Darwinismus."

Prof. Dr. Proskauer: „Verhütung und Bekämpfung der Infektionskrankheiten.

A.H. R. G. Salomon: „Entwicklung der englischen Kolonialmacht."

A.H. Paul Hirsch: „Kommunalpolitische Tagesfragen."

A.H. A. Donig: „Berliner Bauschwindel."

A.H. E. Jaffé: „Gewerbliches Fachzeitungswesen."

Bbr. Engel: „Zum Problem der modernen Ehe."

Bbr. Goldschmidt: „Geschmackswandlungen im Kunstgewerbe."

Bbr. Rehfisch: „Das Problem Wagner—Nietzsche."

Besichtigt wurde die Irrenanstalt Buch unter Führung von A.H. Sklarek.

Von Kursen wurden abgehalten:

Bbr. Kochmann: „Volkswirtschaftlicher Kurs"

A.H. Kosterliz: „Sachenrecht."

Die Beteiligung an den Diskussionen war teilweise eine recht lebhafte.

Unangenehm fühlbar machte sich die **geringe Beteiligung der A.H. A.H.** an unseren sämtlichen Veranstaltungen. Es ist dies eine Tatsache, die ausserordentlich betrübend ist, der abzuhelfen der Vorstand aber keine Mittel hat. Es ist dies um so bedauerlicher, wenn man an die lebhafte Beteiligung im vorigen W.S. denkt. Zur Charakterisierung diene die Feststellung, dass auf der allgemeinen Akademiker-Versammlung am 6. Februar, die nominell vom A.H.-Bund einberufen war, 4 A.H.A.H., davon 2 amtlich, anwesend waren. Die Vereinigung hat das Recht, von ihren A.H.A.H. eine Unterstützung nicht nur in materieller Hinsicht zu verlangen.

Dieses W.-S. gab der Vgg. Gelegenheit, durch studentenpolitische Tätigkeit ihre Stellung nach aussen hin zu kräftigen.

Den ersten Anlass dazu boten die im Anfang Dezember stattfindenden Wahlen zum Direktorium der akademischen Lesehalle. Die Vgg. erhielt in dem Wahlkampfe 100 Stimmen. Auf eine nähere Würdigung einzugehen, ist hier nicht der Platz. Erwähnt werden muss noch das für den Wahlkampf ausgearbeitete Reformprogramm, durch das die Vgg. ihren Standpunkt und ihre Aufgaben festgelegt hat. Auch für ihr inneres Leben dürfte aus diesem Reformprogramm manche Aenderung erfolgen.

Als Vertreter in die A.L.H. entsandte die Vgg. Bbr. Auerbach.

Die Kommission zur Vorbereitung der Ausschussfrage hat ihre Aufgaben fast beendet.

Am 6. Februar fand in den Prachtsälen des Westens eine von uns einberufene allgemeine Akademiker-Versammlung statt, die Stellung zur Erhebung von Bibliotheksgebühren nehmen sollte. Ein Bericht über die Versammlung findet sich in diesem Mb.

Im Ausschuss zur Vorbereitung der Centenarfeier erhielt die Vgg. unter 19 Vertretern der schwarzen Korporation 1 Sitz. Vertreter ist Bbr. Königsberger.

Der Vorstand der F.W.V. Charlottenburg kann sich im wesentlichen den vorstehenden Ausführungen anschliessen. Es erübrigt noch, auf das weitere Zurückgehen der ohnedies schon geringen Mitgliederzahl hinzuweisen. Die nachfolgenden Personalia sprechen mit erschreckender Deutlichkeit der F.W.V. Charlottenburg das Urteil, wenn uns nicht von aussen von unseren Berliner Bundesbrüdern Hilfe kommt. Die Mittel, die wir anwenden konnten und angewendet haben, sind erschöpft.

Personalia.

A. Berlin. Das S.S. 09 schloss mit 31 Aktiven. Von diesen wurden drei inaktiviert (Heine, G. Katz (Heidelberg), Perls (München). Es trat aus: Werner. 3 wurden wieder aktiv (Kuznitzky, Mühlberg, Schwabach). 8 wurden aufgenommen (Beck, Cohn, Jacoby, Köhler, Marx, H. Meyer, Rubensohn, Schweitzer). Das W.S. 09/10 schliesst also mit 38 Aktiven.

Von den 33 Inaktiven des S.S. 09 wurden 6 A.H. A.H. (Dobriner, Glass, Meinrath, Hannes, Latté, Salomon), 3 wurden wieder aktiv, 1 trat aus (Grün); 3 traten hinzu, so dass wir jetzt 26 Inaktive zählen.

Zu den 255 A.H. traten 6 hinzu, so dass wir jetzt 261 A.H.A.H. haben.

Von den Aktiven studieren:

Jura:	18 (13)	Chemie:	1 (1)
Medizin:	8 (9)	Kunstgeschichte:	1 (1)
Philologie:	4 (2)	Pharmazie:	1 (1)
Nationalökonomie:	4 (2)	Zahnheilkunde:	1 (1)

B. Charlottenburg. Das W.S. schliesst mit derselben Mitgliederzahl wie das S.S. 09. 1 trat ein, 1 trat aus.

	Berlin			Charlottenburg			
	A.H. A.H.	In-aktive	Aktive	A.H.	In-aktive	Aktive	Gesamt-zahl
S.S. 09	255	33	31	1	2	6	328
W.S. 09/10	261	26	38	1	2	6	334
Zunahme	6	—	7	—	—	—	6
Abnahme	—	7	—	—	—	—	—

Auf Grund vorliegenden Rechenschaftsberichts bitten wir um Entlastung.

Für den Berliner Vorstand:

Karl Isaac, F.W.V. (X) X.

Für den Charlottenburger Vorstand:

Gottfried Engelmann, F.V.W. (X) X.

Bilanz für das W.-S. 09/10.

Kasse der F.W.V.en Berlin und Charlottenburg.

Einnahmen.

Kassenbestand	4,32 M.
Darlehn der V.-K.	100,— „
Darlehn der R.-K.	60,— „
Auslagen für die R.-K.	6,— „
Porto	—,40 „
Strafgelder	9,25 „
Farbenkartenverkauf	7,80 „
Rest vom Stiftungsfest 1909	7,50 „
Überschuss vom Stiftungsfest der F.W.V. Charlottenburg	18,52 „
Beiträge der Bbr. Bbr.	1091,55 „
(S.-S. 09: 792,80 M., W.-S. 08/09: 979,50 M.)	
Summa:	1305,34 M.

Aussenstände.

17 Inaktive schulden	878,90 M.
(20 „ S.-S. 09 707,50 M.)	
(16 „ W.-S. 08/09: 729,25 M.)	
24 Aktive schulden	485,95 M.
(21 „ S.-S. 09 536,80 M.)	
(26 „ W.-S. 08/09 552,40 M.)	
F.W.V. Charlottenburg schuldet	119,15 M.
(S.-S 09 71,55 M., W.-S. 08/09: 89,30 M.)	
Summa:	1484,— M.
(S.-S. 09 1315,85 M. W.-S. 08/09 1371,05 M.)	

Ausgaben.

Ball 1909	60,— M.
Ball 1910	6,— „
Gesellschaftsabend	51,85 „
Miete	85,— „
Lichtbildervorträge	80,— „
Weihnachtskneipe	87,40 „
An F.W.V. Heidelberg	24,— „
Sportkommission	7,20 „
Unbezahlte Biere	1,70 „
Adressenschreiben	17,50 „
Porto	183,04 „
Fahrten	56,80 „
Repräsentation	66,80 „
Trinkgeld	23,20 „
Diverses	44,25 „
Schmuck der Kneipe	22,45 „
Abzahlungen: Gross	15,— „
„ Zimmer	76,— „
„ Preuss	100,— „
„ Baer	273,40 „
Kassenbestand	23,75 „
Summa:	1305,34 M.
(S.-S. 09 875,75 M., W.-S. 08/09 1263,70 M.)	

Schulden.

Baer	240,— „
Preuss	1194,40 „
Summa:	1434,40 M.
(S.-S. 09 996,85 M., W.-S. 08/09 1084,50 M.)	

Berlin, den 23 Februar 1910.

gez.: Ludwig Schneider F.W.V. XXX

gegengez.: Dr. Leo Herz F.W.V. (XX) A.H.

Kassenrevisor.

Verhütung und Bekämpfung der Infektionskrankheiten.

Vortrag von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Proskauer.

Robert Koch war der erste, der methodisch daran ging, die Erreger gewisser Krankheiten zu isolieren und kennen zu lernen.

Seit nunmehr 30 Jahren ist von ihm und andern reiche Arbeit geleistet worden, zunächst wissenschaftlich, dann aber vor allem auch praktisch therapeutische, der unter anderm das Fernhalten der Cholera von unsern Grenzen vor 4 Jahren zu danken ist. Eben auf Grund der praktischen Erfolge ist Juli 1900 im Reich die Bekämpfung der Infektionskrankheiten (Cholera, Pest, Pocken, Gelbfieber u. a.) gesetzlich geregelt worden, 1905 auch in Preussen, speziell durch das Gesetz zur Verhütung der Verbreitung der übertragbaren Krankheiten (Typhus, Tuberkulose, Ruhr u. a.).

Schon als Kreisphysikus war es Koch gelungen, die Bedeutung des Milzbrandbazillus klarzustellen, ihn zu züchten und zu studieren. Nach seiner Methode

wurden dann nacheinander von ihm und anderen Forschern auch die Erreger der Tuberkulose, Diphtherie, des Typhus, Wundstarrkrampfes, der Lungenentzündung, Influenza, Pest, Genickstarre und Ruhr gefunden, meist in Gebieten, die gerade von Epidemien betroffen waren, wo also die Krankheitsstoffe möglichst noch frisch beobachtet werden konnten. Um nun einem Umsichgreifen der Krankheiten wirksam entgegentreten zu können, ist es von einschneidender Wichtigkeit, die Verbreitungswege der Krankheitserreger kennen zu lernen. Die diesbezüglichen Untersuchungen sind auch erfolgreich betrieben worden, obgleich sich ihnen mannigfache Schwierigkeiten entgegenstellten. Einmal war dies die Inkubationszeit, die Tage, oft Wochen dauert, die vom Moment der Infektion bis zum Auftreten der Krankheit verstreichen, vor allem aber das Verhalten der Erreger, man kann sagen, in ihren verschiedenen Lebenslagen. Können sich doch pathogene Keime auf Gesunden ansiedeln, ja vermehren, ohne dass eine Krankheit bei dem Individuum zum Ausbruch kommt. Dieser Umstand kompliziert natürlicherweise die Lokalisierung einer Infektionskrankheit beträchtlich, da man die Erreger doch in erster Linie bei Kranken sucht. Immerhin ist es mit Hilfe bestimmter Untersuchungsmethoden möglich, auch diese infizierten Gesunden zu erkennen. Der Gesetzgeber schreibt in solchen Fällen vor, dass diese Leute nicht eher als für die Allgemeinheit schadlos zu betrachten sind, als bis bei ihnen die Untersuchung auf Krankheitsstoffe hin dreimal resultatlos verlaufen ist.

Eine weitere gesetzliche Bestimmung zur Bekämpfung der Infektionskrankheiten ist die Desinfektion, und zwar nicht bloss die Schlussdesinfektion, sondern hauptsächlich auch die sog. laufende während der Krankheit, durch die es allmählich gelingen wird, erstere ganz überflüssig zu machen. Allerdings muss man sagen, dass die gesetzlichen Massnahmen durchaus nicht ausreichend sind, wenn sie z. B. bei der Tuberkulose nur in den Fällen Desinfektion vorschreibt, die zum Tode geführt haben.

Weit vorzuziehen den Massregeln beim Auftreten der Infektionskrankheiten ist natürlich eine recht wirksame Prophylaxe, die möglichst gar imstande ist, die Menschen immun gegen die Krankheit überhaupt zu machen. Den ersten Schritt auf diesem Wege bildete die Einführung der Schutzimpfung gegen die Pocken, die erstaunliche Resultate gezeitigt hat. Wieder war es Koch, der zuerst die Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit einer Immunität auch gegen Bakterien richtete und sich in seiner Schrift „Ueber Tuberkulin", 1891, dahingehend aussprach, dass die Krankheitsstoffe nur auf spezifisch veranlagte Organismen wirken könnten, nicht zum Beispiel auf solche, die bereits von andern, und zwar toten Bakterien infiziert seien. Tatsächlich ist auch eine bisher allerdings nur recht kurze Immunität nach dieser Methode erreicht worden, die übrigens im Feldzug in Südwest-Afrika bereits ihre praktische Verwendung gefunden hat. Ob man einmal das wünschenswerte Ziel erreichen wird, die Menschen gegen alle Infektionskrankheiten immun machen zu können, ist sehr fraglich, haben doch praktische Versuche an Tieren gezeigt, dass durch die Infektion mit verschiedenen Bakterien nach Kochs Methode unter Umständen sogar die Empfindlichkeit gegen die Krankheiten gesteigert wird.

Daher bleibt noch immer als beste Waffe möglichst schnelle Diagnose, denn immer ist zu bedenken, dass der Kranke der Hauptverbreiter seiner Krankheit ist, dass sich also in erster Linie die Bemühungen auf Heraussuchung des Infizierten konzentrieren müssen. Dieses Mittel hat sich auch bei der Entseuchung des westlichen Deutschlands vom Typhus recht gut bewährt; daneben sind natürlich zur Bekämpfung auch alle hygienischen Massregeln anzuwenden: gutes Trinkwasser, Kanalisation, gesunde Wohnungsverhältnisse.

Somit stehen uns bis jetzt zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten zu Gebote

Hygiene — Diagnose — Behandlung.

Hans Meyer F.W.V.

Bodenreform und Kommunismus.

Vortrag von Herrn Lubahn.

Herr Damaschke, der Führer der Bodenreformer, hatte uns einen Vortrag über „Bodenreform und Kommunismus" zugesagt. Leider war er verhindert, zu kommen. An seiner Stelle übernahm einer seiner Jünger, Herr Postsekretär Lubahn, diese Aufgabe. Wenn sein Vortrag auch nicht mit dem Massstab der Wissenschaft gemessen werden kann, so war es doch höchst erfreulich, zu hören, mit welchem Eifer der Referent für die Ideen der Bodenreformer eintrat. Vom Kommunismus, den er in seiner Rede nur ganz sachte streifte, hätten wir gerne etwas mehr gehört.

Aristoteles, so begann er, zerbrach sich den Kopf über die Lösung der sozialen Fragen. Er glaubte, die Sklaverei würde aufhören, sobald die Weberschifflein von selbst gingen, und damit wären die sozialen Fragen aus der Welt geschafft. Heute gehen die Weberschifflein von selbst, die Sklaverei ist verschwunden, die soziale Not aber ist geblieben. Grosser Reichtum auf der einen, grosse Armut auf der anderen Seite. Die Wohnungsverhältnisse der Grossstädte zeigen ein höchst betrübendes Bild. Dass darunter die Volksgesundheit leiden muss, liegt auf der Hand. In Chemnitz z. B. wurden 41 % sämtlicher Volksschulkinder als krank befunden. Um solche unhaltbaren Zustände zu verbessern, haben sich die Bodenreformer zusammengetan. Den Preis, die freie Persönlichkeit auszuschalten, wie es der Kommunismus will, halten sie für zu hoch. Dass auch nach Einführung der Bodenreform noch viele Fragen zu lösen sind, erkennt der Vortragende natürlich unumwunden an.

Durch das starke Anwachsen der Grossstädte stieg der Wert des Grund und Bodens in der Nähe dieser Bevölkerungszentren in ganz beträchtlichem Masse. In Schöneberg z. B. stieg der Wert der Grundstücke von

500 000 Mark auf 50 Mill. Mark. Dazu steigerte die wilde Spekulation von Privatleuten und Terraingesellschaften den Wert des Baulandes in erheblichem Grade. Eine Wohnungsnot entsteht. Wo der Boden teuer ist, ist auch die Miete teuer. Teuer ist, was in teuren Werkstätten hergestellt, was in teuren Läden verkauft wird. Das zusammengepferchte Wohnen leistet der Ausbreitung ansteckender Krankheiten Vorschub. Blasse Kinder sind keine Ausnahmeerscheinungen mehr. — Wie kann diesen Zuständen abgeholfen werden? Eine der schärfsten Waffen der Bodenreformer ist die Wertzuwachssteuer. Der Wert, der durch die Allgemeinheit geschaffen wird, der nicht auf das Verdienst einzelner Leute zurückzuführen ist, soll der Allgemeinheit in Form von Steuern zugute kommen. Der erste Versuch damit wurde in Kiautschau gemacht. Dort wurden den Grundbesitzern 33 % des Wertzuwachses als Steuer auferlegt. Vor der Reform wollten viele Spekulanten den Boden aufkaufen. Als sie jedoch hörten, dass die Wertzuwachssteuer eingeführt werden sollte, standen sie davon ab. Ein evidentes Beispiel dafür, wie durch diese Massnahmen der Spekulation ein wirksamer Riegel vorgeschoben wird. Seitdem ist Kiautschau die blühendste unter unseren Kolonien. Auch in den Kommunen hat die Wertzuwachssteuer ihren Einzug gehalten. Seitdem Frankfurt a. M. im Jahre 1904 mit gutem Beispiel vorangegangen war, wurde sie in fast 300 deutschen Städten eingeführt. Auch das Reich ist im Begriffe, es zu tun. Alle Parteien ohne Unterschied sind der Reform freundlich gesinnt. Nur technische Schwierigkeiten haben die Einführung bis jetzt verhindert. Die Regierung hat sich jedoch verpflichtet, diese Steuer spätestens im Jahre 1912 dem Reichstage vorzulegen. Welche Erträge bringt die Wertzuwachssteuer? In Weissensee brachte sie 97 000 Mk., so dass die Einkommensteuer um 30 % ermässigt werden konnte. In Schöneberg schätzte der Magistrat die Steuer auf 300 000 Mk., während sie schon in fünf Monaten die Höhe von 500 000 Mk. erreicht hatte.

Viele Kommunen suchen selbst den Grund und Boden anzukaufen. In Ulm ist 80% des Weichbildes der Stadt im Besitz der Stadtgemeinde. Eine Spekulation ist in diesem Falle so gut wie ausgeschlossen. Die Stadt verkauft die Grundstücke nur unter der Bedingung, dass sie, wenn sie weiter verkauft werden, das Recht hat, sie zu den alten Preisen zurückzukaufen. Viele Arbeiter sind durch diese Bodenpolitik Ulms in der Lage, Einfamilienhäuser zu bewohnen. Die Volksgesundheit ist dort in stetem Wachsen begriffen. Soziale Einrichtungen, Sportplätze sind in reicher Auswahl vorhanden. Aber nicht nur der Grund und Boden, auch die Schätze unter der Erde müssen unter die Kontrolle der Allgemeinheit gestellt werden. Früher kostete der Erwerb von Mutungsrechten fast gar nichts. Welcher Schaden der Allgemeinheit dadurch erwachsen ist, zeigt die Machtstellung des Kohlensyndikates, die Verteuerung der Kohlen. Eines wenigstens ist erreicht worden: Die Mutungsrechte dürfen nicht mehr frei vergeben werden. Das ist jedoch nur ein ganz kleiner Sieg in Anbetracht dessen, dass die Mutungsrechte bereits in festen Händen sind. Die Bodenreformer streben dahin, gesetzlich zu bestimmen, dass diejenigen, welche Mutungsrechte besitzen, aber nicht schürfen, den Grund und Boden wieder dem Staate zurückgeben müssen. Das und noch mehr werden wir erreichen, so schloss der Vortragende, wenn es nur gelingt, die Gleichgültigkeit der Massen zu besiegen.

An den Vortrag schloss sich eine rege Diskussion an. Alle Diskussionsredner bekannten sich als Anhänger der Wertzuwachssteuer. A.H. Walter Simon verteidigte mit grossem Eifer die Terraingesellschaften, die durch Anlegen von Strassen, Parzellierungen etc. ihren Gewinn redlich verdienten. Auch der Spekulationsgewinn sei kein unverdienter Gewinn. Mit Recht wies ihm gegenüber A.H. Max Levy darauf hin, dass die Terraingesellschaften gewiss nicht ohne Verdienst seien, doch der Gewinn, den sie einsteckten, überschreite bei weitem ihre Arbeitsleistung. Bbr. Auerbach hob den Unterschied zwischen Industrie- und Bodenwerten hervor. Während die starke Nachfrage nach einem Erzeugnis der Industrie allmählich zu einer Verbilligung dieses Artikels führen müsse, trete bei der Nachfrage nach Grund und Boden gerade das Entgegengesetzte ein.

Martin Marx.

Neue Angriffe gegen den Darwinismus.

Herr Dr. Schwabach unternahm über die Angriffe, die in neuester Zeit Graf Arnim-Schlagenthin gegen den Darwinismus erhoben hat, in der Vereinigung zu referieren. Er ging von einer geschichtlichen Uebersicht der Deszendenzlehre aus, schilderte deren Entwicklung bis Darwin und bezeichnete den Punkt, wo dessen Wirken einsetzte.

Die bekannte Lehre von der natürlichen Zuchtwahl und der Anpassungsfähigkeit sind die Erklärungen für die Entwicklung, die uns der grosse englische Forscher gegeben hat. Lange Zeit hat es gedauert, bis man sich vom Banne dieser Schlagwörter losmachte. Nicht nur die grosse Masse der Gebildeten, sondern auch Fachgelehrte standen dem Darwinismus kritiklos gegenüber. Seitdem ist man vielfach dem anderen Extrem verfallen, und anstatt sich mit einer Kritik zu begnügen, verwirft man den Darwinismus von vornherein.

An einem Beispiele suchte der Vortragende die Schwierigkeiten nachzuweisen, denen die Erklärungsversuche Darwins begegnen. Er griff die Erscheinung der Mimikry heraus. Alle Umwandlungen im Reiche der Natur bedürfen einer langen Zeit. Nun kann sich aber ein Tier seiner Umgebung nur anpassen, solange diese ihren Charakter wahrt. Während einer langen Periode werden jedoch Aenderungen im Klima und in den Bodenverhältnissen eintreten, die die Entwicklung des Tieres in der bestimmten Richtung aufhalten müssen. Weiter kommt nun noch hinzu die Panmixie, so dass es

ausgeschlossen scheint, durch den Darwinismus jene merkwürdige Veränderung im Habitus der Tiere aufzuklären.

Graf Arnim-Schlagenthin will durch eine überaus reiche Versuchsreihe den Nachweis führen, dass der Darwinismus überwunden sei, und dass die Schöpfungstheorie einzig Berechtigung habe, eine wissenschaftliche Hypothese genannt zu werden. Ob er diesen Nachweis strikte geführt hat, das zu ergründen wollte der Vortragende dahingestellt sein lassen. Ihm war nur daran gelegen, Anregung zur Beschäftigung mit dem Buche des Grafen zu geben. F. Kramer.

Das gewerbliche Fachzeitungswesen Deutschlands.

(Dr. E. Jaffé F.W.V. — A.H.)

Die Bedeutung des deutschen Fachzeitungswesens ist vielfach unbekannt und wird vom Laien leicht unterschätzt. Und doch stellt es einen bedeutenden wirtschaftlichen Faktor dar, in dessen Dienste ein Kapital von rund einer halben Milliarde arbeitet. Das Alter der gewerblichen Fachzeitung ist auf etwa 50 Jahre anzusetzen. Sie ist entstanden aus regelmässig erscheinenden Offertenlisten zuerst einzelner, dann mehrerer Handelsfirmen zusammen. Es sind drei Gruppen gewerblicher Fachzeitungen zu unterscheiden: Die reinen Offerten- und Inseratenblätter, die Vereinszeitungen, die unabhängigen Zeitungen. Am zweckmässigsten scheint auf den ersten Blick die reine Offertenzeitung zu sein, in Wirklichkeit aber wandert diese zumeist ungelesen in den Papierkorb. Besser sind die Vereinszeitungen daran. Sie werden dem Empfänger doch Nachrichten bieten, die wenigstens die sofortige Vernichtung des Blattes verhüten und so auch die Inserate eher zur Geltung bringen. Die grösste Bedeutung für die Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage haben heute die Zeitungen, die durch lesenswerten Text allgemeine Beachtung zu wecken verstehen und durch grössere Auflagen den weitesten Leserkreis zu garantieren vermögen. Die Hauptschwierigkeit besteht nun in der Beschaffung „lesenswerter" Berichte. Schriftsteller von Beruf werden selten die nötigen Fachkenntnisse besitzen und mit den laufenden Anlegelegenheiten genügend vertraut sein, während der tüchtigste Praktiker zumeist unfähig zu literarischer Betätigung sein wird.

Die wirtschaftliche Bedeutung des deutschen Fachzeitungswesens erläutert am besten eine Zusammenstellung über Verbreitung und Verteilung der 800 vorhandenen Fachblätter, aus der wir einige Zahlen wiedergeben. An der Spitze stehen die Organe der Hoteliers und Gastwirte, an Zahl 55! Ferner: Automobil und Fahrrad mit 18 Zeitungen, Brauerei und Brennerei mit 45, Eisen und Metall 30, Fleischer 17, Kolonialwaren und Delikatessen 45, Photographie 21, Kinematographie 4, Phonographen-Industrie 6. Wenn selbst die Kammerjäger ein eigenes Fachblatt haben, so sieht man, dass scheinbar kein gewerblicher Zweig ohne ein solches existieren kann.

Als besondere Verdienste der Fachzeitungen sind zu erwähnen: die Vermittlung von Handelsmethoden, die im Auslande erfunden wurden, theoretische Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses, Anregung zu selbständiger geistiger Arbeit durch Preisausschreiben u. dgl. m.

Alle diese Umstände zeigen, dass unserer gewerblichen Fachpresse eine wirtschaftliche Bedeutung zukommt, die bisher noch viel zu wenig gewürdigt worden ist, und man muss hoffen, dass ihre weitere Entwicklung künftig mit grösserem Interesse verfolgt werden wird.

K.

Die Protestversammlung gegen die Erhebung von Bibliotheksgebühren.

Der A.H.-Bund — der Vgg. war vom Rektor die Genehmigung versagt worden — hatte zu Sonntag, den 6. Februar, 12 Uhr, in die Prachtsäle des Westens eine Protestversammlung gegen die Erhebung von Bibliotheksgebühren einberufen. Es ist das keine Angelegenheit, durch die die weitesten Kreise getroffen werden, immerhin waren ungefähr 300 Personen — grösstenteils Studenten — unserem Rufe gefolgt. Die Versammlung nahm einen durchaus würdigen und der Sache angemessenen Verlauf. Eine Entscheidung durch den Landtag ist noch nicht erfolgt. Es steht zu hoffen, dass die Versammlung ihren Zweck erfüllt haben wird. Durch die Besprechung in der Presse wurden auch weitere Kreise davon in Kenntnis gesetzt.

Referent in der Versammlung war Herr Professor Geheimrat Dr. Riesser, F.W.V. E.M.

Anwesend waren die Professoren von Liszt, Harnack, Ewald, Hottinger.

Professor Riesser führte ungefähr folgendes aus: Auch er habe ursprünglich gewisse Bedenken gehabt, ob nicht eine kleine Entschädigung für das Ausleihen von Büchern gerechtfertigt und der in Aussicht genommene Betrag zu geringfügig sei, um einen grossen Protestapparat in Bewegung zu setzen; doch eingehendere Beschäftigung habe ihn zu einem entschieden ablehnenden Standpunkt in dieser Frage gelangen lassen, die eine Prinzipienfrage sei. Die ungünstige finanzielle Lage im Reiche und in Preussen, sowie auch die traurige Lage der Universitätsbibliotheken, die ihren erhöhten Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können, haben die Veranlassung zu den im Etat eingestellten Bibliotheksgebühren gegeben. Der als Zuschuss erforderliche Betrag sei 224 000 M. Dieser sollte aufgebracht werden durch eine 5 M. betragende, von Nichtstudenten resp. Studenten zu erhebende Entleihungs- resp. Bibliotheksgebühr, wogegen neben der Benutzung der Bücher im Lesesaal auch eine vorübergehende, auf einen Monat im Jahre angesetzte Entleihung unentgeltlich sein soll. Man hat zugunsten

der Steuer angeführt, wer die Bücher, anstatt sie im Lesesaal zu benutzen, mit nach Hause nimmt, entziehe dadurch anderen Interessenten die Möglichkeit ihrer Benutzung und könne dafür wohl eine kleine Entschädigung leisten, zumal die Bücher nachweislich durch Witterung und häusliche Kalamitäten sehr leiden und trotz aller Kontrolle manchmal verloren gehen. Auch könne man der Allgemeinheit nicht eine Steuer auf eine Einrichtung zumuten, die nur einem kleinen Teile der Bevölkerung zugute komme. Ebenso wie man z. B. für Museen ein Eintrittsgeld erhebe, sei auch ein Entgelt für die Benutzung der Bibliotheken gerechtfertigt.

Diesen Erwägungen gegenüber ist zunächst geltend zu machen, dass die Finanzlage unseres preussischen Staates nicht so traurig ist, um nicht die zur Erhaltung der Bibliotheken erforderlichen 224 000 M. aufbringen zu können. Das könne er, als alter Finanzpraktiker, wohl einigermassen beurteilen. Die Erhaltung der Staats- und Universitätsbibliotheken gehört zu dem „nobile officium“ eines grossen Staates, zu seinen kulturellen Aufgaben, denen sich zu entziehen kein Staat auch nur den Versuch machen sollte, es sei denn, er könne diese Aufgaben nicht mehr leisten; aber soweit sind wir in Preussen, Gott sei Dank, noch nicht. Die wissenschaftlichen Arbeiten einer Minderheit kommen der Gesamtheit in eminentem Masse zugute. Sie ist darum nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, für eine würdige Haltung der wissenschaftlichen Institute einzutreten, der wissenschaftlichen Minderheit die Wege zu ebnen. Harnack hat in seiner Denkrede von Mommsen gesagt: „seine schlaflosen Nächte haben unsere Tage erhellt.“ Gerade die wissenschaftliche Arbeit ist es, die uns aus der tiefen Nacht der Niederlagen zur befreienden Höhe geführt hat. Auch hat man nicht gehört, dass die Gesamtheit sich über solche Verpflichtungen beklagt hätte, ganz abgesehen davon, dass der prozentuale Teil, der auf den einzelnen entfiele, so klein wäre, um Klagen völlig gegenstandslos erscheinen zu lassen. Der Hinweis auf den Lesesaal wird dadurch hinfällig gemacht, dass zahllose Interessenten, darunter auch viele Studenten, durch ihre Berufstätigkeit und andere Gründe am Besuch des Lesesaals behindert sind. Die Berliner Medizinische Gesellschaft hat sich daher ausdrücklich gegen die Gebühren ausgesprochen und darauf hingewiesen, dass die Bibliotheken erst dann herangezogen zu werden pflegten, wenn die Fachbibliotheken versagten. Die starke Abnutzung der Bücher durch das Ausleihen könne keinen Grund abgeben. Es ist doch der Zweck der Bücher, benutzt zu werden, und abgenutzt werden sie auch im Lesesaal. Die Bibliotheken haben die Verpflichtung, dem Studierbedürfnis in jeder Weise entgegenzukommen.

Den Studenten nun solle die Gebühr als obligatorische auferlegt werden, sie solle zusammen mit den Kolleggeldern eingezogen werden, gleichviel ob man die Bibliothek benutze oder nicht. Das sei eine durch nichts gerechtfertigte und unhaltbare Bestimmung. Man dürfe den Studenten nicht anders behandeln, als die anderen Benützer der Bibliotheken, ganz abgesehen davon, dass für manchen armen Studenten die 2,50 M. pro Semesser eine nicht unerhebliche Belastung zu den sonstigen Studienkosten bedeute. Auch würden die zahlreichen Ausländer, die an dem Universitäten immatrikuliert sind, durch die obligatorische Gebühr zur Unterstützung der preussischen Bibliotheken beitragen.

Es sei gar kein Zweifel, dass die Bibliotheksgebühr, so klein sie auch sein mag, die Benutzung der Bibliothek einzuschränken imstande ist, also prohibitiver Natur ist, das Schlimmste was man von einer Gebühr sagen kann, besonders auf wissenschaftlichem Gebiet. Der Vergleich mit den Eintrittsgeldern bei Museen ist schon dadurch illusorisch, dass von Studenten die obligatorische Gebühr erhoben wird. Man müsse bei der Gebühr, wenn sie auch klein sei, sagen Pricipiis obsta! Gerade als Patriot müsse er, so schloss der Redner, es schon des Auslandes wegen bedauern, wenn Preussen sich das Armutszeugnis ausstelle, dass der Staat die erforderlichen Summen nicht übernehmen könne.

Der Redner sprach häufig von Beifallskundgebungen unterbrochen und schloss unter tosendem Beifall.

Der Verein der Bankbeamten von Berlin hatte in einer Depesche auch Protest gegen die Bibliotheksgebühr erhoben.

Die Diskussion leitete der Generaldirektor der Bibliotheken, Prof. Dr. Harnack, ein. In idealer Beziehung stimme er zwar dem Vorredner bei, aber die Sachlage nötige ihn, für die Gebühren einzutreten. An sich sei die Erhebung solcher Bibliotheksbeiträge durchaus kein Novum, sondern ein alter, deutscher, historisch gewordener Brauch der Universitäten, bei denen früher ein Teil des Immatrikulationsgeldes in die Bibliothekskassen geflossen sei. Man habe nur ungern und infolge der grossen Finanznot darauf zurückgegriffen. Man hätte ja auch den alten Weg beschreiten können. Doch liege es nach seiner Meinung im Interesse der Studenten, dass man einen kleinen Betrag als Bibliotheksgebühr erhebe und auf die einzelnen Semester verteile und nicht die Immatrikulation noch mehr belaste. Bei den Beratungen mit dem Finanzminister sei dieser sogar durch Bereitstellung von 60—70 000 M. entgegengekommen. Bei diesem Stand der Dinge habe der Redner einen Beitrag der Studenten von 5 M. jährlich während der durchschnittlich vierjährigen Studienzeit, insgesamt also 20 M., nicht für zu hoch gehalten. Die Bibliotheken könnten auf den Zuschuss nicht verzichten, und darum sei der geeignete Zeitpunkt für die Studenten gekommen, für die die Bibliotheken doch in erster Linie da seien. Die Leihgebühr sei eine demokratische Massregel, da die Erlaubnis zur Mitnahme nach Hause gewissermassen eine aristokratische Massregel sei. Die Bibliotheksgebühr sei eine rein persönliche Frage und berühre gar nicht die Ideale der Wissenschaft, über die ja in diesem Kreise nur volle Uebereinstimmung herrschen

Die F.W.V. und ihre Gäste.

Antrag Ernst Meyer: Beantrage:

1. Nur Akademikerinnen sind zu unsern Veranstaltungen zuzulassen (abgelehnt).
2. Die Veröffentlichung der Veranstaltungen hat ... in akademischen Blättern zu erfolgen (an-

für die Bücher sei jene Einrichtung zwar, denn deren Abnutzung sei nicht, oder doch nur zum geringsten Teil, auf das wissenschaftliche Studium zurückzuführen, sondern sie habe ihren Grund in einer grossen Lotterei beim Transport in Schnee und Regen und auf der „Bude“, wo sie oft lange Monate ungelesen lagerten zum Schaden der Allgemeinheit der Studierenden. Aus allen diesen Gründen sei die Gebühr gerechtfertigt. „Sollten Sie“, so schliesst der Redner, „eine Resolution fassen, so schaffen Sie auch ein Organ, mit dem wir eventuell verhandeln können.“

Der nächste Redner war Dr. B. Chajes, F.W.V. A.H., der Antragsteller in der Berliner Medizinischen Gesellschaft.

Der Redner führte folgendes aus:

Die gute, alte Sitte der Gebühren, von der Prof. Harnack gesprochen habe, sei nur früher berechtigt gewesen. Jetzt habe der Staat die Verpflichtung, für die Erhaltung der Bibliotheken zu sorgen, und dieser Pflicht dürfe er sich nicht entziehen. Nun verlange man einen Zuschuss von 224 000 M. Wer bürgt dafür, dass diese Summe auch noch in 10 Jahren aus-

betr. den Satisfaktionszwang werden aufgehoben. Die Vgg. überlässt es ihren Mitgliedern, welchen Standpunkt sie in dieser Frage einnehmen wollen

wird auf Grund eines Briefes des L.H.-Bundes bis zur

Ansicht, dass das Geld vom Staate wohl aufzubringen ist. Aber heutzutage stelle man in Preussen den Etat so auf, dass für Kulturaufgaben kein Geld bewilligt wird.

Prof. von Liszt, F.W.V. E.M. führte ungefähr folgendes aus:

Er sei nicht als Landtagsabgeordneter, sondern als Professor und Akademiker hierher gekommen. Die Entscheidung liege auch gar nicht beim Landtage, sondern beim Finanzministerium. Er glaube auch nicht, dass es bei dem rapiden Anwachsen der Literatur auf die Dauer so weiter gehen könne; eine umfassende Dezentralisation nach Fächern, die Anlage von Fachbibliotheken halte er für notwendig. Besonders sprach sich der Redner gegen die Massnahme der obligatorischen Gebühr für Studierende aus. Wenn wir hier eine Resolution fassen, dann würden wir sie nicht gegen Professor Harnack fassen, sondern wir würden dadurch Professor Harnack gegenüber dem Finanzministerium den Rücken stärken.

Im Schlusswort machte Prof. Riesser darauf aufmerksam, man solle auf alte geschichtliche Einrichtungen doch nur dann zurückkommen, wenn sie einen Fortschritt bedeuten, was man von der Bibliotheksgebühr nicht sagen könnte; denn das Beste, was man von ihr behaupten könne, sei doch nur, dass sie eine „dura necessitas“ sei.

Es sprachen noch Prof. Ewald, Prof. Hottinger, Dr. Kochmann, F.W.V., Dr. Landsberg.

Zum Schluss einigte man sich auf folgende Resolution: „Zahlreiche, heute hier in den Prachtsälen des Westens versammelte Akademiker und Studenten aus allen Fakultäten erheben hiermit nachdrücklichen Protest gegen die Einführung von Gebühren für die Benutzung der Königlichen Bibliothek und der preussischen Universitätsbibliotheken. Sie erblicken darin eine Massnahme, welche die wissenschaftliche Arbeit ganz allgemein zu hemmen geeignet ist, und die der studierenden Jugend, von der die Gebühr zwangsweise erhoben werden soll, eine erhebliche und völlig ungerechtfertigte Last auferlegt. Die Versammlung spricht die sichere Erwartung aus, dass es der Königlichen Staatsregierung gelingen wird, die für die Erhaltung und Ausgestaltung der Königlichen Bibliothek und Universitätsbibliotheken notwendigen Summen in den Etat einzustellen.“

Mit einem Hoch auf Preussen und das Deutsche Reich schloss A.H. Max Levy die Versammlung.

Karl Isaac, F.W.V. (XX)

Unser „wissenschaftlicher“ Teil.

Als ich im letzten Monatsberichte den Artikel von Bbr. Meyer las, fühlte ich mich lebhaft an die Zeit erinnert, in der diese Frage oft hin und herventiliert wurde, an die Zeit 1907/08. Damals, als die Kämpfe um die wissenschaftliche Beilage tobten, an denen besonders Hiller und ich beteiligt waren, stellten wir unter ziemlicher Beteiligung den Grundsatz auf, die Bbr. müssen selbst arbeiten. Als ich 1905 aktiv wurde, gehörten Vorträge von Autoritäten noch zu den Seltenheiten. Auch am Montag sprachen hauptsächlich Bbr. und alte Herren. Damals hatte Steiner einen Beschluss der Vgg. herbeigeführt, den Donnerstag, der vorher unoffiziell gewesen war, zu einem offiziellen Diskussionsabend zu gestalten. Und das waren Diskussionsabende! Blieb man auch nicht immer beim Thema, sondern kam meistens an einem ganz andern Ende an, so war es doch ein Vergnügen, dabei zu sein.

Wir besassen eine ganze Anzahl Bbr., die immer neue Gedanken anregten, auch die jüngeren griffen ein, selbst auf die Gefahr hin, korrigiert zu werden. Unter Calmons Präsidium begannen die Professorenvorträge, die Vorträge der Bbr. konnten mit diesen die Konkurrenz nicht aufnehmen, sie galten weniger als vorher. Die Beteiligung nahm ab. Schon damals polemisierten wir, Hiller, Davidsohn, Latté, Basch, R. G. Salomon, ich u. a. gegen diesen Wechsel. Es blieb beim Wechselprotest. —

Seitdem ist manches Semester vergangen, die Beteiligung der Bbr. ist minimaler denn minimal geworden. Die Beigabe — Gott habe sie selig — ruht sanft. Die

M.-B. sind ganz verändert. Früher, d. h. ehe die Beilage existierte, nahm man auch einmal zu einem Problem, das nicht unbedingt dazu gehörte, in den M.-B. Stellung, z. B. F.W.V. und künstlerische Bestrebungen oder dgl. Heutzutage sind dergleichen Themen nur noch für Bierreden gut genug. — Bbr. Meyer schlägt Kurse vor, sehr gut, doch ein etwas schwieriges Unterfangen. Ich habe früher eine Reihe von Kursen gehalten, sie waren teilweise recht erheiternd, besonders unsere Lektüre von Ovids Ars amandi mit Diskussion, aber im ganzen undankbar. Die Beteiligung, die zu einem gewinnreichen Wirken unbedingt notwendig ist, findet sich nie. Sympathischer ist der Vorschlag, die Vorträge zyklenweise zu gestalten. In einem der früheren M.-B. hat, wenn ich nicht irre, der damalige Bbr. Davidsohn diese Forderung aufgestellt und Vorschläge dazu gemacht. — Es wäre wirklich recht nützlich, nach diesen Gesichtspunkten ein Programm aufzustellen. Nehmen wir zum Beispiel an, man wählt die letzten 50 Jahre zum Thema. Ein Bundesbruder referiert über die Kulturprobleme, ein anderer über die wissenschaftlichen Fragen, ein dritter über die religiösen Strömungen, ein Mediziner über die wichtigsten Probleme seines Faches, besonders interessant wären Vorträge über die wirtschaftliche Entwicklung. Einen lehrreichen Rück- und Ausblick würde eine Betrachtung der Kunst dieser Epoche gewinnen lassen, nicht ganz eindruckslos wäre eine Diskussion über vor- und nachwagnerische Musik. Den Schluss könnte ein für Hörer aller Fakultäten fesselndes Thema: Die Wandlungen der moralischen Begriffe und Auffassungen der letzten Dezennien bilden. So könnte man in einem Semester eine stattliche Anzahl zusammenhängender Probleme behandeln und hätte davon grossen Gewinn. Dieses möchte ich den dankenswerten Ausführungen Meyers hinzufügen.

Erich Gutmacher, F.W.V.

ARBEITSVERMITTLUNG.

Referendar in Anwaltsstation sucht Vertretungen.

Walter Basch

Berlin W. 30
Landshuterstr. 2.

Geschäftliches.

8. Geschäftliche Sitzung vom 10. I. 1910.

Laufende Angelegenheiten.

9. Geschäftliche Sitzung vom 17. I. 1910.

Bbr. Rosendorff erhält Generaldispens.

Laufende Angelegenheiten.

Man dürfe den Studenten nicht anders behandeln, als die anderen Benützer der Bibliotheken, ganz abgesehen davon, dass für manchen armen Studenten die 2,50 M. pro Semesser eine nicht unerhebliche Belastung zu den sonstigen Studienkosten bedeute. Auch würden die zahlreichen Ausländer, die an dem Universitäten

Antrag Kochmann: Die Vgg. beschliesst, vorläufig, wenn Bedarf, alle 14 Tage in der von mir in No. 160 der M.B. angeregten Weise ein den Zwecken der Arbeitsvermittlung unter F.W.V.ern dienendes Blatt zu versenden, einmal zusammen mit dem M.B. (angenommen, aber modifiziert durch die Zusatzanträge).

Zusatzantrag Isaac. Beantrage: F.W.V. überweist den Antrag Kochmann der R.K. zur weiteren Durchführung (angenommen).

Zusatzantrag Polke: R.K. hat (auf der letzten Seite der M.B.) eine Rubrik für derartige Offerten einzurichten (abgelehnt).

Zusatzantrag Ernst Meyer: R.K. übernimmt vorläufig vierwöchentlich in Beilagen zu ihren M.B.M.B. die Vermittlung von Arbeitsposten (angenommen).

Resolution Kochmann: F.W.V. hält das Hinausweisen von studierenden Frauen aus einem öffentlichen Kolleg (Fall Roethe) für eine Verletzung der Solidarität aller Studierenden. Sie protestiert dagegen, dass unwissenschaftliche Gründe (Geschlecht) dazu dienen, akademischen Bürgern die Lernfreiheit zu verkümmern und macht auf die bedenklichen Konsequenzen aufmerksam (abgelehnt)

Bibliotheken, Prof. Dr. Harnack, ein. In idealer Beziehung stimme er zwar dem Vorredner bei, aber die Sachlage nötige ihn, für die Gebühren einzutreten. An sich sei die Erhebung solcher Bibliotheksbeiträge durchaus kein Novum ... ein alter, deutscher, historisch

Laufende Angelegenheiten.

12. Geschäftliche Sitzung vom 31. I. 1910.

Bbr. Rehfisch übernimmt sein Amt als Schriftwart wieder.

Bbr. Lurie ist aus der F.W.V. Charl. ausgeschieden.

Antrag Auerbach: Der Vorstand des A.H.-Bundes wird gebeten, die Versammlung (zum Protest gegen die Bibliotheksgebühren) einzuberufen. Bis zur definitiven Entscheidung darüber unterbleibt die Versammlung (abgelehnt; ebenso werden ähnliche Anträge von Bbr.Bbr. Ernst Meyer, Königsberger, Kornik abgelehnt).

Antrag Isaac: Die Vgg. möge dem Vorstand freie Hand lassen (angenommen).

13. Geschäftliche Sitzung vom 7. II. 1910.

Laufende Angelegenheiten.

14. Geschäftliche Sitzung vom 14. II. 1910.

Bbr.Bbr. Latté und Meinrath werden zu Alten Herren ernannt.

Wahl einer Sportkommission: Bbr.Bbr. Schwabach, Spanier, Jacoby.

Die Stiftungsfestkommission 1909 wird entlastet.

15. Geschäftliche Sitzung vom 21. II. 1910.

Wahlen des Archiv- und des Kassenrevisors.

Die F.W.V. und ihre Gäste.

Antrag Ernst Meyer: Beantrage:

1. Nur Akademikerinnen sind zu unsern Veranstaltungen zuzulassen (abgelehnt).
2. Die Veröffentlichung der Veranstaltungen hat nur in akademischen Blättern zu erfolgen (angenommen).

Antrag Bachstez: Frauen haben nur, wenn persönlich eingeladen, Zutritt (abgelehnt).

Antrag Schwabach: Vgg. möge beschliessen, künftighin die Benachrichtigungen an die Zeitungen zu unterlassen und den Anschlag in der Universität dahin zu ändern, dass es nunmehr heisst: Kommilitonen und Kommilitoninnen herzlich willkommen (angenommen).

Antrag A.H. Leo Herz: Die Vgg. hält es für dringend wünschenswert, dass die die Allgemeinheit interessierenden Vorträge regelmässig in den Tageszeitungen angekündigt werden (abgelehnt).

Antrag A.H. Walter Simon: F.W.V. erachtet es im allgemeinen nicht für wünschenswert, dass Nichtakademiker, die keine persönlichen Beziehungen zu F.W.V.ern haben, an den wissenschaftlichen Veranstaltungen teilnehmen, und fordert den Vorstand auf, für das Fernbleiben solcher Personen zu sorgen (zurückgezogen).

Ordentliche Generalversammlung vom 24. II. 1910.

Antrag Auerbach:

Die §§ 6 und 7 der Ehrengerichtssatzungen betr. den Satisfaktionszwang werden aufgehoben. Die Vgg. überlässt es ihren Mitgliedern, welchen Standpunkt sie in dieser Frage einnehmen wollen

wird auf Grund eines Briefes des A.H.-Bundes bis zur 1. O.G.V. nach den Ferien durch Zuruf vertagt, weil der A.H.-Bund

„Wir entnehmen der Einladung zur O.G.V., dass über Aenderung der Satisfaktionsbestimmungen beraten werden soll.

Wir bereiten zurzeit eine Rundfrage an die AH. A.H. über die Stellung der einzelnen zu dieser Frage vor. Sobald die Ergebnisse der Rundfrage gesichtet sind, was binnen kurzer Zeit geschehen sein wird, wollen wir eine Sitzung des Gesamtvorstandes einberufen, in der dieser sich über die Stellung des B.A.H. zur Frage der Satisfaktion schlüssig werden soll.

Es ist nicht zu verkennen, dass es für die Entschliessung der aktiven Vgg. von grösstem Interesse sein muss, wie sich der B.A.H. zu dieser wichtigen Frage stellt.

Wir schlagen Euch deshalb vor, dass die Erledigung des Antrages Auerbach auf die erste Sitzung nach den Ferien verschoben wird, und zwar in der Form, dass die O.G.V. vertagt wird, soweit dieser Antrag in Frage steht. Bis dahin wird sich der Vorstand des B.A.H. wegen seiner Stellungnahme in dieser Frage schlüssig gemacht haben.“ gez. Samolewitz.

Antrag Kochmann:

Der Vorstand ist verpflichtet, jedes Semester mindestens 2 interne F.W.V.er-Abende zu veranstalten

wird abgelehnt.

Antrag Kornik:

F.W.V.en wollen beschliessen: Der Antrag Polke (s. unten) wird dem Vorstand für die Aufstellung des Programms für das S.S. 1910 zur Berücksichtigung überwiesen

wird durch Zuruf angenommen.

Antrag Polke:

Vgg. möge beschliessen:

Damit ein engerer Zusammenhang unter den F.W.V.ern geschaffen werde, sollen die Donnerstag-Abende zu einer rein internen Veranstaltung umgestaltet werden. Zu diesem Zwecke wird bestimmt, dass an den Donnerstagen Diskussionsabende, im übrigen abwechselnd Kneipen, Spielabende und dergleichen, im S.S. alle 14 Tage Ausflüge unter Leitung der Sportkommission stattfinden dürfen

wird angenommen.

Resolution Isaac:

F.W.V. gibt dem Wunsche Ausdruck, dass die Kommission zur Vorbereitung des Ausschusses weiterhin energisch arbeitet, und sie gibt dem neuen Vorstande auf, sein Augenmerk genau auf diese Aufgabe zu lenken

wird durch Zuruf angenommen.

Antrag Isaac:

Die Geschichtskommission wird neu gewählt. Der Vorstand hat besonders diese Arbeiten zu übernehmen und auf ihre Förderung hinzuwirken

wird durch Zuruf angenommen.

Die Vorstände der F.W.V. Berlin und der F.W.V. Charlottenburg für das W.S. 09/10 werden durch Zuruf entlastet.

Der Vorstand der F.W.V. Berlin für das S.S. 1910 setzt sich zusammen aus den Bbr. Bbr. Driesen ×, Schwabach ××, E. Meyer ×××, Jacoby ××××, Spanier ×××××.

Personalia.

Adressenveränderungen.

F.W.V. Berlin:

A.H. F. Rawitz, W. 30, Motzstr. 28.

A.H. Dr. Froehlich, W. 57, Nollendorfplatz 9. Kassensprechstunde: Gr. Frankfurterstr. 123.

A.H. Dr. Apolant, Schöneberg, Salzburgerstr. 16, Amt VI, 8574.

A.H. Schapski, Charlottenburg 4, Kantstr. 136 (Eingang Schlüterstrasse), Amt Charl. 3164.

F.W.V. Charlottenburg:

Bbr. Schneidereit, Charlottenburg 2, Grolmanstr. 62 bei Müller-Döring.

Die Adressen der neuen Berliner Vorstandsmitglieder sind folgende:

Bbr. Driesen ×, Charlottenburg, Waitzstr. 3.
Bbr. Schwabach ××, N.O. 43, Friedensstr. 11.
Bbr. E. Meyer ×××, C. 25, Münzstr. 4.
Bbr. Jacoby ××××, SO. 16. Michaelkirchstr. 25.
Bbr. Spanier ×××××, W. 50, Rankestr. 31/32.

F.W.V. Heidelberg:

Bbr. Rosenthal, Heidelberg, Rohrbacherstr. 40.
Bbr. Fuchs (Fruchsal), Heidelberg, Bahnhofstr. 47.

Auszeichnungen, Niederlassungen etc.

Bbr. Bachstez bestand das Verbandsexamen.
A.H. Dr. Abrahamsohn ist in der Liste der Rechtsanwälte am Landgericht I gelöscht und in die der Anwälte beim Landgericht II eingetragen worden.
A.H. Dr. Jaffé ist Redakteur bei A. Scherl.
Bbr. P. Mayer (Heidelberg) bestand das Physikum mit „Gut“.
A.H. Dr. Baer (Heidelberg) bestand die grosse juristische Staatsprüfung.
A.H. Neumann hat in Berlin die philosophische Doktorprüfung bestanden.
A.H. Dobriner promovierte in Heidelberg cum laude.
A.H. Dr. Frank ist Universitätsassistent bei Professor Steyrer in Greifswald geworden.

Aufgenommen

wurde in die F.W.V. Heidelberg stud. med. III. Berthold Fuchs.

Familiennachrichten.

A.H. Lux Lippmann hat sich verlobt. (s. Anzeige.)
A.H. Dr. Kriegel verlor seine Mutter durch den Tod.

Die Verlobung mit

Fräulein Henny Löb

beehre ich mich allen Bbr. Bbr. und A.H. A.H. anzuzeigen.

Cöln, z. Z. Berlin, im Februar 1910.

Dr. **Eduard Isaac**, F.W.V. A.H.

Fräulein Hedwig Patzenheim
Dr. H. Maas, F.W.V. A.H.

Verlobte.

Berlin, Fürstenberg i. M., im Februar 1910.

Berlin, Februar 1910.

Meine Verlobung mit Fräulein

Helene Stern

aus Frankfurt a. M. zeige ich hierdurch allen lieben Bbr.Bbr. ergebenst an.

Lux Lippmann, F.W.V. A.H.



Die Redaktions-Kommission. I. A.: Referendar Dr. jur. Hans Buka, W. 57, Kurfürstenstr. 27.
Druck von J. S. Preuss, Kgl. Hofbuchdr., Berlin S. 14, Dresdenerstr. 43.